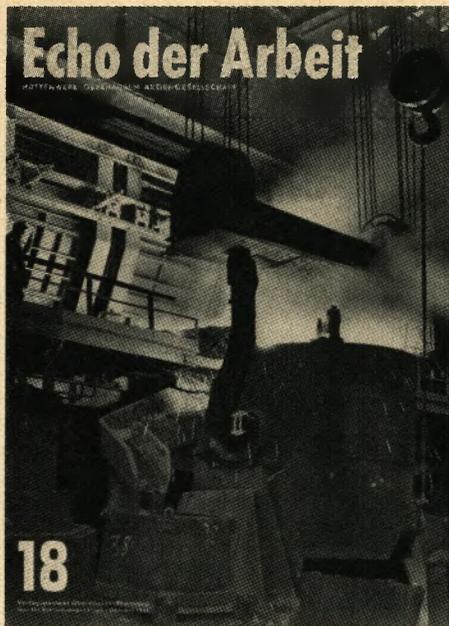


Echo der Arbeit

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT

18

Verlagspostamt Oberhausen / Rheinland
Nur für Betriebsangehörige · Oktober 1958



Der Abstich eines Siemens-Martin-Ofens ist zwar für unsere Mitarbeiter im Siemens-Martin-Werk nichts Besonderes mehr, für die vielen Besucher unseres Werkes jedoch ein imponierendes Erlebnis. Gebannt sehen sie das eindrucksvolle Schauspiel: Der Stahl, der die Industrie an Rhein und Ruhr begründet, fließt weißglühend und funken-sprühend in die große Gießpfanne. Das Siemens-Martin-Verfahren dient der Veredlung des Roh-eisens, das bei einer Hitze von 1800 bis 2000 Grad aufgefressen wird. Während dieses Prozesses werden bedeutende Mengen Schrott beigesetzt.

JAHRGANG 9 2. OKT. 1958 **18**

Soziale Sicherheit —
Gesellschaftlicher Fortschritt
+
Hauptlagerhaus hält alles bereit
+
Arbeiter — Angestellte
+
Stahl für den Bergbau
+
Postillon im Hüttenwerk
+
Zum Betriebsdirektor ernannt
+
Wechsel in unserem Aufsichtsrat
+
Betrifft mich nicht . . .

ECHO DER ARBEIT Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Rainer Bockhorst, Oberhausen (Rhld.), Essener Str. 66 (Hauptverwaltung). ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten, Oberhausen (Rhld.). Klischees: Vignold, Essen. — Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

Veränderungen

Sind Sie gewiß, daß Sie Ihre gegenwärtige berufliche Tätigkeit in der bestehenden Form noch lange ausüben können? Wieviel Jahre wird es nach Ihrer Schätzung dauern, bis sich die Anforderungsarten Ihrer jetzigen Tätigkeit so sehr verändert haben, daß man von einem neuen, verwandelten Tätigkeitsbild sprechen könnte?

Diese Fragen sind bewußt zugespitzt! Denn eines läßt sich über die gesellschaftliche Entwicklung heute schon mit Sicherheit sagen: Sie wird eine Zeit der beruflichen Veränderungen werden. Tageszeitungen und Fachorgane sind fast täglich gefüllt mit Artikeln, die unter dem Schlagwort „Automation“ mehr oder weniger bestimmte Aussagen über die Zukunft unserer Wirtschaft enthalten; je nachdem, ob die Verfasser eine optimistische oder pessimistische Geisteshaltung zu diesen sich abzeichnenden Wirtschaftstendenzen einnehmen, wird materieller Reichtum oder Massenarbeitslosigkeit, vergrößerte segensbringende Freiheit oder Entfremdung der Arbeit, kulturreichere Ausgestaltung unseres Lebens oder der Anbruch einer jetzt erst in den Anfängen stehenden „Feierabendindustrie“ prophezeit.

Mögen die Optimisten oder die Pessimisten durch die Zukunft bestätigt werden — wir wissen es heute noch nicht. Aber über eines dürfte Klarheit bestehen: Unser aller berufliche Existenz wird durch die rasante Entwicklung betroffen, die, von der Technik ausgehend, auf sehr viele andere gesellschaftliche Gebiete, vor allem aber auf die Berufe übergreifen hat. Schauen wir uns den typischen beruflichen Werdegang in der Vergangenheit an: Über eine gewisse Lehrzeit, die nicht unbedingt nur mit der als „Lehre“ bekannten ersten Ausbildungszeit identisch zu sein brauchte, bot sich dem Fachmann die Gewähr, mit dem Fundus des einmal Erlernten für die Zeit seines Berufslebens hinreichend auszukommen. Veränderungen im Berufsbild traten nur sehr langsam auf und konnten mühelos bewältigt werden. Für die heute und künftig im Berufsleben Stehenden ergibt sich eine andere Situation: Über lange Fristen gesehen, wird sich das Berufsbild sehr vieler so grundlegend ändern, daß man häufig das ursprüngliche Tätigkeitsbild nicht mehr wiedererkennen wird. Dazu einige Beispiele: Der als Walzer an einer der alten Walzenstraßen jahraus, jahrein arbeitende Hüttenarbeiter verliert plötzlich „seine“ Walze. Sie wird abgebrochen und durch eine moderne Anlage ersetzt. Für den Betrieb und erst recht für den Mann ergibt sich plötzlich die Frage der weiteren Einsetzbarkeit. — Der im Rechnungswesen angestellte Mitarbeiter stellt plötzlich fest, daß sich der seit vielen Jahren eingespielte Arbeitsablauf durch rationellere Arbeitsgestaltung unter Einsatz von Rechengaräten grundlegend verändert, so daß er eine andere Tätigkeit ausüben oder — obwohl im alten Bereich tätig — radikal umlernen muß.

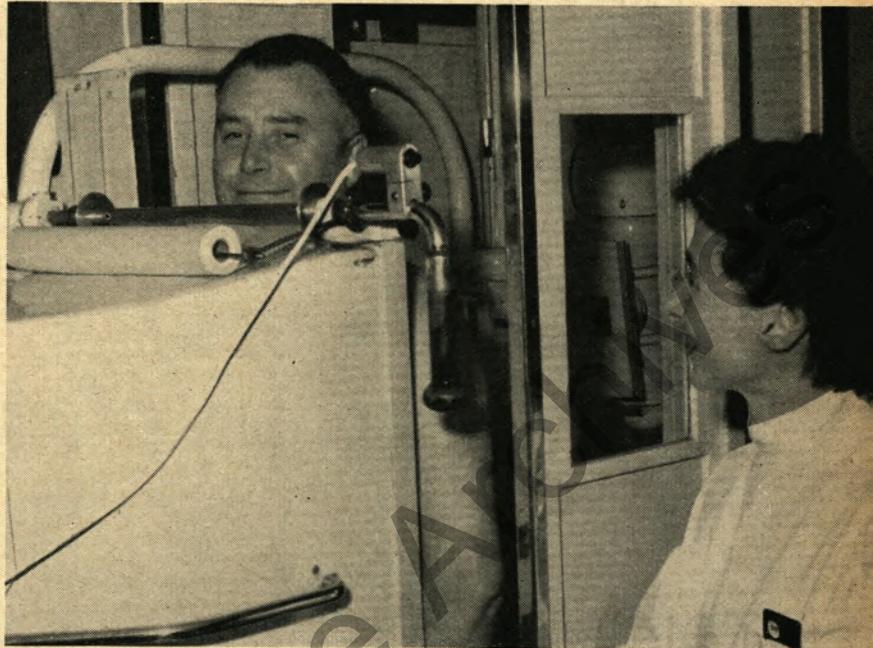
Von dieser Entwicklung sind sowohl Arbeiter als auch Angestellte gleichermaßen betroffen. Gleichgültig, ob wir den zugrunde liegenden Prozeß Automatisierung oder Anpassung an die veränderten technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen nennen wollen, eins steht fest: Mehr oder weniger sind wir alle von diesen beruflichen Veränderungen „bedroht“. Über genügend lange Zeiten betrachtet, sind sogar die von der Veränderung lebenden Berufe des Einkäufers oder Verkäufers diesen Wandlungen im Berufsbild ausgesetzt; um so mehr gilt das Gesagte für alle diejenigen Tätigkeiten, die sich in ein Schema fassen lassen. (Damit erst gar kein Mißverständnis aufkommt: Auch diese Tätigkeit ist ihres Lohnes wert, sie ist unter den obwaltenden Umständen erforderlich.) Niemand kann sich mehr darauf verlassen, „ausgelernt“ zu haben; alle haben damit zu rechnen, „lernen“ und „umlernen“ zu müssen, künftig noch mehr als heute. Es ist jetzt schon der Zeitpunkt gekommen, wo mit einiger Sicherheit gesagt werden kann: Keiner, der heute einen Beruf erlernt, kann sich darauf verlassen, bis zu seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben, d. h. maximal in fünfzig Jahren, das Erlernte ohne wesentliche Ergänzungen anwenden zu können.

Für uns ergeben sich daraus wichtige Konsequenzen. Für die schon im Berufsleben Stehenden ergibt sich die Notwendigkeit, in Erkenntnis dieser Tendenz rechtzeitig Wissen und Können auch abseits der jetzigen Tätigkeit sich anzueignen zu versuchen, zumindest aber die grundlegende Voraussetzung für die künftig häufigen beruflichen Veränderungen überhaupt zu schaffen, nämlich die innere Bereitschaft zur Veränderung. Sie kennen die Berufsnot der älteren Angestellten. Sie beruht zu einem großen Teil darauf, daß die Veränderungen im Berufsleben schneller vor sich gehen als die Entwicklung der Fähigkeit, sich diesen Wandlungen anzupassen. Erwarten wir nicht zuviel vom Staat: In einer Gesellschaft, die individuumbezogen sein will, liegen die ersten Versuche bei jedem selbst.

Vor allem aber sind Erzieher und Berufspädagogen angesprochen, die Basis unserer Berufsausbildung so zu gestalten, daß sie für mehrere oder vielerlei Richtungen brauchbar ist. Die Berufsausbildung wird künftig eine verstärkte Berufsbeweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an die technische Entwicklung beinhalten müssen. Anders gesagt: Es gibt kein Monopol mehr auf eine bestimmte berufliche Tätigkeit, unsere Zeit wird eine Zeit der Veränderungen werden. Wird die Zukunft zeigen, daß wir diese Herausforderung bewältigen werden?

A. Heese

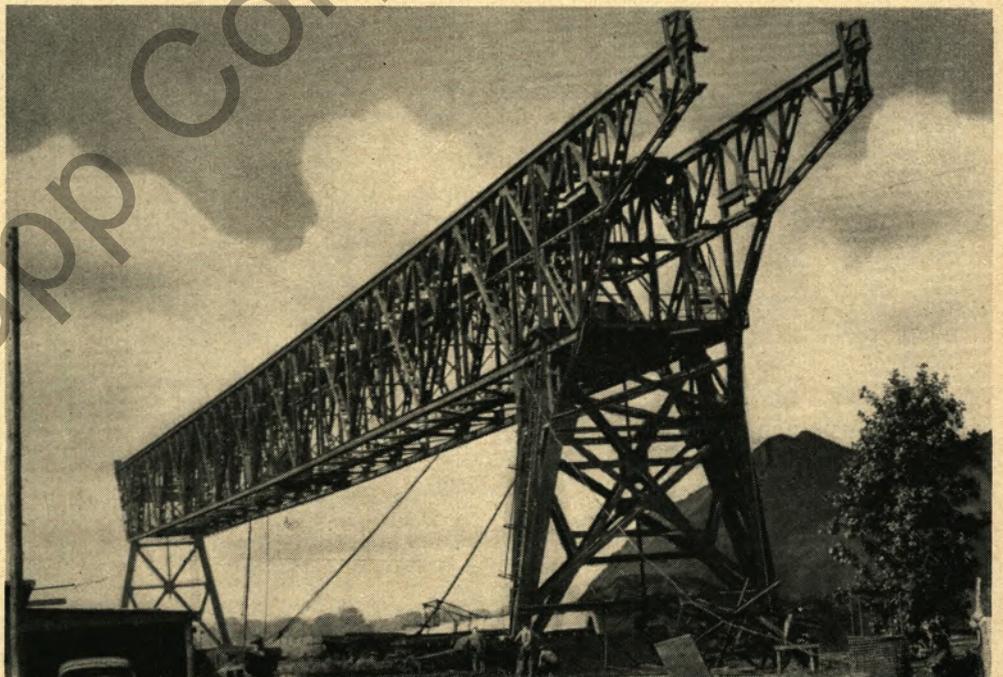
Schnappschüsse



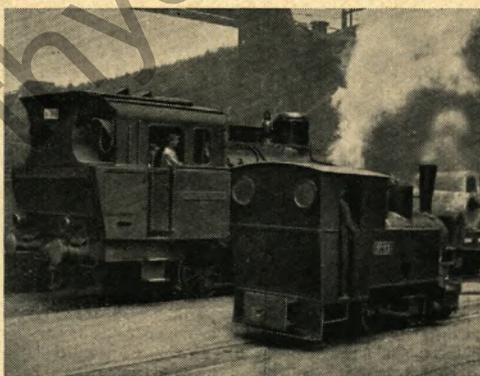
Trotz vieler gegenteiliger Anzeichen war die überzeugende Mehrheit unserer Belegschaftsmitglieder zur Röntgen-Reihenuntersuchung gekommen. Das ist ein Beweis dafür, daß sie sich der Verantwortung dem Kollegen gegenüber nicht entziehen wollen. „Wenn ich tatsächlich krank bin, durch diese Untersuchung kann ich es am sichersten und schnellsten erfahren“, sagte der Kollege Heinrich Rasch, den unser Bild im Röntgengerät zeigt. Heinrich Rasch ist Maschinist auf EO II.

„Und der Himmel hängt voller Seile . . .“ könnte man in Anlehnung an das bekannte Operettenlied bei Betrachtung dieses Bildes unwillkürlich denken. Wie auf einer großen Rundfunksendestation sieht es gegenwärtig auf unserer Baustelle auf EO II aus. Der Himmel ist von unzähligen Seilen zerschneitten, die die zahlreichen Auslegerkräne sichern. Für den Bau des neuen Kühlturms, dicht an der Mülheimer Straße, wurde soeben ein weiterer Auslegerkran aufgerichtet.

Im Zuge der umwälzenden Bauarbeiten in unserem Hafen Walsum mußte die schon seit längerer Zeit stillgelegte 112 Meter lange Kranbrücke, die das Lager zwischen dem Rhein und dem Hafenbecken 1 und die anliegenden Kaianlagen bestreichen konnte, niedergelegt werden. Die Kranbrücke wurde im Jahre 1905 in Betrieb genommen und war mit einem 10-t-Kran ausgerüstet. Ihre Arbeit wird seit ihrer Stilllegung von zwei Portalkränen mit je 15 t Tragfähigkeit verrichtet. — Unsere beiden Bilder rechts zeigen den Hergang der Abbrucharbeiten. — Oben steht die Brücke noch in ihrer ganzen Größe da, doch werden schon Halteseile gespannt, die verhindern sollen, daß die Brücke in den Rhein abgleitet. Die Gleisanlagen unter der Brücke waren für den Sturz mit Schwellen gesichert. Mit einem Knall brach die 300 t schwere Konstruktion ein. Das untere Bild zeigt die Brücke am Boden liegend.



Bei einem Gang durchs Werk machte unser Fotograf diesen reizvollen Schnappschuß: David und Goliath begegnen sich. Die beiden Lokomotiven sind zwar nicht mehr aus der jüngsten Zeit, doch sie versehen noch immer fauchend ihren Dienst. Wenn die Abteilung Verkehr — wie es geplant ist — gänzlich auf Dieselloks umgestellt sein wird, kommt es in unserem Werk nicht mehr zu einer Begegnung, wie sie von unserem Schnappschuß unten dargestellt wird.





In Nürnberg tagte vom 15. bis 20. September der 5. Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall. 356 gewählte Delegierte berieten und beschlossen während dieser Tage über die Linie der künftigen gewerkschaftlichen Tätigkeit; gleichzeitig wurde Bilanz gezogen. Wie stets, fand auch dieser Gewerkschaftskongreß der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft der Welt, das besondere Interesse der Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt stand das Grundsatzreferat von Otto Brenner „Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Fortschritt“, Untertitel „Von der Klassengesellschaft zur Wirtschaftsdemokratie“, worin der Vorsitzende der IGM zugleich die bestehenden politischen und gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik einer eingehenden gewerkschaftlichen Kritik unterzog. In der Öffentlichkeit haben die Ausführungen Brenners lebhaft Debatten hervorgerufen, teils zustimmender, teils ablehnender Art. Auszüge aus dem Referat, sofern sie von wirtschaftspolitischem oder gesellschaftspolitischem Interesse sind, veröffentlichen wir nachstehend. Als Werkzeugzeitung, die ihrer publizistischen Aufgabe gerecht werden will, verdient der Vortrag von Otto Brenner unsere besondere Beachtung, genauso wie wir andererseits führende Männer der Wirtschaft und der Politik dann haben zu Wort kommen lassen, wenn sie zu den Problemen der Eisen- und Stahlindustrie Stellung nahmen.

Soziale Sicherheit • Gesellschaftlicher Fortschritt

Von der Klassengesellschaft zur Wirtschaftsdemokratie

Der Kampf der Gewerkschaften um die soziale Sicherheit der arbeitenden Menschen, um ihre Befreiung aus den Abhängigkeiten der industriellen Klassengesellschaft ist seit vielen Jahrzehnten Motor des gesellschaftlichen Fortschritts gewesen.

Die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitnehmer feierte ihre größten Triumphe zu einer Zeit, als es noch keine starken Gewerkschaften gab, ja, als das Recht auf gewerkschaftliche Organisation überhaupt erst erkämpft werden mußte. Kinderarbeit, löstündiger Arbeitstag, völlige Schutz- und Rechtlosigkeit der arbeitenden Menschen im Betrieb wie in der Gesellschaft sind nicht von allein verschwunden. Erst der zähe Kampf der aufsteigenden Gewerkschaftsbewegung hat die ständige Verkürzung des Arbeitstages, die Beseitigung der Kinderarbeit, die Einführung eines Arbeitsschutzes und schließlich die ganze moderne Sozial- und Arbeitsgesetzgebung bewirkt.

Die Gewerkschaften haben den Kampf für die Interessen der Arbeitnehmer an vielen Fronten und nach vielen Richtungen gleichzeitig führen müssen. Besonders in Deutschland sind sie dabei nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer, sondern auch auf den des Staates gestoßen. Die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung lehren, daß der wirtschaftliche Befreiungskampf der arbeitenden Menschen mit dem Kampf um politische Rechte aufs engste verknüpft ist. Denn Wirtschaft und Politik sind in der modernen Industriegesellschaft voneinander nicht zu trennen.

Wir haben auch nach 1945 wieder erlebt, in welchem Maße wirtschaftliche Macht politische Macht nach sich zieht. Darum ist es gerade in der heutigen Zeit, im zehnten Jahr des neudeutschen „Wirtschaftswunders“, so wichtig, die Demokratie nun endlich auch in der Wirtschaft zu verankern.

Die Jahre der Konjunktur haben in der Bundesrepublik ein äußeres Bild geschaffen, eine Fassade, die Wohlstand, Sattheit und allgemeine Zufriedenheit vortäuscht. Sind nicht die Straßen voller Autos, die Städte voller Büroaläste, die Ferienorte voller Menschen und alle glücklich und zufrieden? Sind nicht die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen oben und unten fast verschwunden? Beweist nicht die niedrige Arbeitslosenzahl, daß alle gut verdienen und sich kaufen können, was sie wollen?

Doch dieses äußere Bild wird unwahr, sobald man hinter die Fassade blickt. Fragen wir nur die Millionen von Rentnern, Arbeitsunfähigen, Kriegssopfern — soweit sie nicht das Glück hatten, mit einem hohen Nazifunktionär verwandt zu sein — wieviel ihnen das Wirtschaftswunder bisher eingetragen hat. Fragen wir die Arbeiter und Angestellten, ob sie alle von ihrem Verdienst Autos kaufen und Italienreisen machen, was ja heutzutage angeblich schon jeder kann. Selbst Professor Erhard trat kürzlich diesen Behauptungen mit der Feststellung entgegen, daß in der Bundesrepublik von 100 Haushaltungen immer noch 93 ohne Fernsehgeräte, 84 ohne Kühlschränke und 90 ohne Waschmaschinen sind.

Man erzählt uns immer wieder, daß sich in unserer Gesellschaft „radikale“ Veränderungen vollzogen haben und daß alles „ganz anders“

sei als früher. Die Wirklichkeit bestätigt das nicht. Sie zeigt uns, daß im Gegenteil vieles, allzuvieles beim alten geblieben ist.

Geblieben ist nicht nur die abhängige Lage der Arbeitnehmer, ihr bescheidener Anteil am Sozialprodukt, ihre allgemeine Existenzunsicherheit. Geblieben und gewachsen sind vor allem Macht und Einfluß der Unternehmer, die Riesengewinne der Wirtschaft, ihre Finanzierung und Ausdehnung auf Kosten der Verbraucher und der arbeitenden Schichten.

Mit einem Wort: Geblieben ist die Klassengesellschaft mit ihren sozialen Gegensätzen und Ungerechtigkeiten, dem Luxus und der Macht der wenigen auf der einen, der bescheidenen Existenz und der Abhängigkeit der vielen auf der anderen Seite...

Man ist zwar heute allgemein bereit, den revolutionären Charakter des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, seine unwälbende Bedeutung für die menschliche Gemeinschaft anzuerkennen. Aber man ist nicht bereit — und am allerwenigsten bei uns in der Bundesrepublik —, daraus soziale Konsequenzen zu ziehen. Man klammert sich an eine überlebte soziale Ordnung, um Machtstellungen und Privilegien aufrechtzuerhalten, die sich auf die Dauer doch nicht verteidigen lassen.

Der Mensch, der den gesellschaftlichen Reichtum erzeugt, wird in sträflicher Weise vernachlässigt, während man durch eine laute Propaganda den Eindruck erwecken möchte, als ob alles aufs beste bestellt sei und wir in der besten aller möglichen Welten lebten.

Als Beweis dafür, daß die alten Klassenunterschiede längst geschwunden sind und wir in einer Art „klassenloser Mittelstandsgesellschaft“ leben, soll besonders der Hinweis auf die Entwicklung des Verbrauchs dienen. Dabei übersieht man völlig, daß die Steigerung des Massenverbrauchs nicht so allgemein und großartig ist wie behauptet wird. Man übersieht außerdem, daß mit einer Erweiterung des Verbrauchs allein sich an der sozialen Schichtung selbst nichts Entscheidendes geändert hat.

Wir sind also weit von dem Zustand entfernt, die soziale Frage in der Bundesrepublik gelöst zu haben. Im Gegenteil, sie ist noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen worden. Entscheidende Gebiete des gesellschaftlichen Lebens wurden bisher vernachlässigt, doppelt vernachlässigt angesichts des üppigen Wohlstandes, dessen sich Wirtschaft und Industrie erfreuen. Hierzu gehören Schule und Erziehungswesen, Berufsausbildung, Jugendfürsorge und Jugendschutz sowie der ganze Komplex einer zeitgemäßen, ausreichenden Alters-, Kranken- und Unfallversicherung.

Auf allen diesen Gebieten, nicht nur in der Entlohnung, erweist sich, daß die gesellschaftliche Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen noch längst nicht erreicht ist. Wäre es anders, so würde die Bundesregierung mit Kulturausgaben, nicht mit Rüstungsausgaben glänzen. Wohnungsnot, Schulraum- und Lehrermangel, Erholungsbedürftigkeit der arbeitenden Menschen, Überfüllung der öffentlichen Verkehrsmittel, das materielle Elend der Flüchtlingslager, die Unversorgtheit einer Jugend, der es allenthalben an Spielplätzen, Kindergärten und Erholungsmöglichkeiten mangelt, würden nicht mehr als Schandflecke das Bild des wirtschaftlichen Aufstiegs verunzieren. Hat schon einmal einer der

Propagandisten des Wirtschaftswunders darauf hingewiesen, daß selbst nach den offiziellen Angaben des statistischen Jahrbuchs der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an hochwertigen Nahrungsmitteln 1956/57 immer noch unter dem der Jahre 1935/38 liegt?

Und wie steht es mit der Gesundheit unserer Jugend? Reihenuntersuchungen haben ergeben, daß jeder 3. Jugendliche Gesundheitsschäden aufweist und jeder 5. an Kreislaufstörungen leidet. — Das alles im Zeichen des sogenannten Wirtschaftswunders!

Dabei müssen wir immer wieder betonen, daß selbst eine Steigerung des Verbrauchs über die Klassenverhältnisse noch gar nichts aussagt. Denn selbst ein gleicher äußerer Lebensstil ist kein Beweis für die soziale Gleichheit der Menschen. Die Wurzel der Ungleichheit liegt vielmehr im einseitigen Besitz der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel...

Seit langem werden die Bestrebungen der Gewerkschaften, zu einer neuen, besseren Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu gelangen, im Begriff der Wirtschaftsdemokratie zusammengefaßt.

Dieser Begriff stammt aus der gewerkschaftlichen Diskussion der zwanziger Jahre. Schon damals kreisten die Auseinandersetzungen über eine demokratische Umgestaltung der Wirtschaft um die Frage: Wie lassen sich die sozialen Errungenschaften erhalten und ausbauen durch eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Arbeitnehmer entspricht?

Aus ihren Erfahrungen gewannen die Gewerkschaften die Einsicht, daß dem System der politischen Demokratie, der Rechte und Freiheiten des Bürgers auf politischem Gebiet, ein System wirtschaftlicher Demokratie entsprechen müsse. Erst durch die Wirtschaftsdemokratie wird die politische Demokratie in ihrem Bestand gesichert und zur sozialen Demokratie erweitert. Erst dann werden die arbeitenden Menschen in Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit leben.

Deshalb verlangen wir eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft. Das gilt es festzuhalten!

An unserer Ablehnung einer Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern hat sich nicht das geringste geändert. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß wir keine Veranlassung haben, Gesprächen mit den Arbeitgeberverbänden auszuweichen. Außerdem gehört es ja zu den Aufgaben der Gewerkschaften, in kollektiven Verhandlungen mit den Unternehmern die Arbeitsbedingungen festzulegen. Darum sind Verhandlungen ein notwendiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Aktivität.

Aber wir lassen uns keinen Sand in die Augen streuen! Die ständigen Aufforderungen zur Zusammenarbeit, die Appelle an unsere gesamtwirtschaftliche Verantwortung, der Ruf nach Verschönerung der Lohnpolitik, alles das bedeutet bis jetzt nichts anderes als einen Versuch, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Niemand wird uns mit leeren Redensarten zur sogenannten Sozialpartnerschaft bekehren, wenn die Unternehmer bei jeder Gelegenheit zu erkennen geben, daß sie nicht unsere Partner, sondern unsere sozialen

Gegenspieler sind. Sozialpartnerschaft setzt voraus, daß Unternehmer und Arbeitnehmer die gleichen Möglichkeiten zur Beeinflussung des Betriebes und der Wirtschaft, und auch die gleichen Ausgangspunkte haben. Aber gerade das ist es, was in unserer Klassengesellschaft fehlt.

Unsere Politik muß den arbeitenden Menschen größere Freiheit, sozialen Fortschritt und volle Demokratie bringen. Aber nur dadurch, daß diese Begriffe auf die Interessen der Arbeitnehmer bezogen werden, erhalten sie einen konkreten Inhalt und werden mehr als Schlagworte, wie sie bürgerliche Politiker im Munde führen.

Daher ist es unbedingt notwendig, an den Forderungen des Münchner Grundsatzprogramms nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeinwirtschaft, nach Mitbestimmung und volkswirtschaftlicher Planung festzuhalten. Diese Forderungen bilden ein Ganzes. Sie entspringen der wirtschaftsdemokratischen Vorstellung, daß diejenigen, die die Güter herstellen, auch über ihre Verwendung, ihre Verteilung und über die gesamte Entwicklung der Wirtschaft mitzuentcheiden haben.

Wir betrachten besonders das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen des Bergbaus und der eisenerzeugenden Industrie als Fortschritt auf dem Wege zu dem von uns angestrebten Ziel einer Demokratisierung der Wirtschaft. Alle anderen Gesetze, vor allem das gegen unseren Willen beschlossene Betriebsverfassungsgesetz, ferner das Personalvertretungsgesetz und das Gesetz für die Holdinggesellschaften, sind mehr als unzulänglich und änderungsbedürftig...

Erweiterung und Ausbau der Mitbestimmung sind eines der entscheidenden Elemente für eine wirtschaftsdemokratische Entwicklung. Die Ausübung der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, bedeutet deshalb in keinem Fall ein Abgehen von den eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben. Es ist vor allem der Sinn der Mitbestimmung, zu verhindern, daß wirtschaftliche Macht politisch mißbraucht wird. Wie sollte es also gegen unsere eigentliche Aufgabe verstoßen, wenn die Gewerkschaften durch Ausweitung der Mitbestimmung mehr und mehr in den Stand gesetzt werden, die Interessen der Arbeitnehmer bei der Lenkung der Produktion zu vertreten und dadurch die demokratische Umgestaltung der Wirtschaft zu sichern!

Der sogenannte Gewerkschaftsstaat, den manche als Gefahr sehen wollen, ist ein Schreckgespenst. Es gibt ihn nicht und wird ihn nicht geben. Aber der Klassenstaat ist kein Schreckgespenst, sondern harte Wirklichkeit. Er läßt sich nicht mit Beschwörungen überwinden, sondern nur in dem Maße, wie es gelingt, die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu verwirklichen.

Eins sollte jedoch klar sein: Die Mitbestimmung kann niemals Ersatz für die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeinwesen sein. Ebensovienig werden wir aber jemals auf die Mitbestimmung gerade in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen verzichten.

Denn die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet immer zweierlei: Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeinwirtschaft und volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Darunter verstehen wir die paritätische Mitbestimmung nicht nur innerhalb des Betriebes, sondern in der ganzen Wirtschaft. Sie muß ein durchgehendes System werden. Sie darf weder ein Dach ohne Unterbau sein, noch sich auf einzelne Wirtschaftszweige und nur beratende Funktionen beschränken.

Seit dem letzten Jahr sind erhebliche Schatten auf dieso scheinbar sonnigen Gefilde der Wirtschaftskonjunktur gefallen. Der überzeugteste Optimist muß heute erkennen, daß durch die jüngste Wirtschaftsentwicklung die Unsicherheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems erneut sichtbar geworden ist. Daran können auch die Äußerungen Erhards, des Bundesministers für Wirtschaftsoptimismus, wenig ändern. Seine berühmte Seelenmassage hat voriges Jahr nicht ausgereicht, um den Konjunkturrückgang zu verhindern. Deshalb hat er es eine Weile vorgezogen, zu schweigen. Nun stößt er wieder ins Horn, weil er Anzeichen einer neuen Konjunkturbesserung zu sehen glaubt. Aber mit einer ernsthaften Wirtschaftsanalyse haben seine jetzigen Äußerungen genausowenig zu tun wie die vom vorigen Jahr. Wir als Gewerkschaftler lassen uns jedoch keinen blauen Dunst vormachen. Wir müssen versuchen zu sehen, was sich wirklich in der Wirtschaft abspielt.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftslage ist durch drei Hauptfaktoren gekennzeichnet: Die Rezession in den USA, die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in Westeuropa und den Preissturz für Rohstoffe auf den Weltmärkten. In den Vereinigten Staaten lag die Industrieproduktion im April und Mai 12% unter dem Vorjahrsstand. Die Arbeitslosenzahl hält sich auf über 5 Millionen. Die Kapazitäten einer ganzen Reihe von Industriezweigen, insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie, des Automobilbaus und auch der Elektrotechnik und des Maschinenbaus sind bei weitem nicht ausgenutzt. Eine Änderung der Lage ist vorerst nicht abzusehen...

Wird der Konjunkturrückgang vorläufig anhalten oder wird er von einem neuen Aufschwung abgelöst werden? Wird man in der gegenwärtigen Situation Maßnahmen ergreifen, die einen weiteren Rückgang verhindern?

In den letzten Wochen wurden aus einzelnen Wirtschaftsbereichen zwar wieder günstigere Auftrags- und Produktionszahlen gemeldet. Aber es ist doch bezeichnend für die Unsicherheit der heutigen Situation, daß die Konjunkturforschungsinstitute der Bundesrepublik in ihren letzten Gutachten zur Wirtschaftslage die Frage nach den Konjunkturaussichten nicht durch eine gemeinsame Stellungnahme beantworten konnten.

Für uns als Gewerkschaften gibt es nur eine Antwort: Kein fatalistisches Hinnehmen der Wirtschaft als Schicksal, keine leeren Spekulationen

über die künftige Entwicklung, sondern aktive Politik zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der maximalen Steigerung des Lebensstandards. Das bedeutet für uns in erster Linie Beibehaltung unserer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik zur Stärkung der Massenkaukraft als Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsentwicklung.

Es gilt, im Hinblick auf die uns bevorstehenden Aufgaben, noch einmal aufzuzeigen, was wir erreicht haben und was noch vor uns liegt.

Gradmesser für unsere Erfolge ist der Fortschritt, den wir auf dem Wege zur Erfüllung unseres gewerkschaftlichen Aktionsprogramms gemacht haben. Dieses Programm wurde entwickelt in langen Diskussionen unserer Mitglieder. Auf unserem Gewerkschaftstag 1954 in Hannover legten wir die ersten Leitgedanken dazu fest. Es wurde zum 1. Mai 1955 vom DGB proklamiert. Es ist zur tragenden Idee und zum einigenden Band aller aktiven Kräfte der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden.

Seitdem sind drei Jahre vergangen, und wir sehen, daß unsere Forderungen aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit gar nicht mehr weggedenken sind. Wir haben manches erreicht:

- Verkürzung der Arbeitszeit,
- Lohn- und Gehaltserhöhungen,
- Fortschritte auf dem Wege zur Angleichung der Arbeiter an die Angestellten im Krankheitsfall,
- Annäherung an die Gleichstellung der Frauen und der Jugendlichen.

Gewiß sind das nur Teilerfolge, und bis zur vollen Verwirklichung des Aktionsprogramms ist noch ein weiter Weg.

Die 40-Stunden-Woche ist nach wie vor unser Ziel. Es sollen höchstens 8 Stunden am Tage und 5 Tage in der Woche gearbeitet werden.

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen weitergeführt werden.

Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist in der gegenwärtigen Wirtschaftslage keineswegs gegeben.

Wir werden Angriffe auf die Kranken- und Unfallversicherung abzuwehren und uns auch weiter für verbesserten Arbeitsschutz einzusetzen haben.

Die Forderungen nach gleicher Entlohnung für Frauen und Männer und nach endlicher Verabschiedung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes bleiben weiterhin vordringlich.

Das 9. Schuljahr ist immer noch nicht eingeführt, und wir haben bis heute vergeblich auf die immer wieder versprochene Reform unseres Erziehungs- und Bildungswesens gewartet.

Darum haben wir in der Entschließung, die der Vorstand zur Politik unserer Gewerkschaft in der nächsten Zeit vorlegt, die Forderungen noch einmal präzisiert. Wir werden sie bei den künftigen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern in den Vordergrund stellen und unaufhörlich den politischen Parteien und der Öffentlichkeit ins Gedächtnis rufen.

Keiner von uns war so vermessen anzunehmen, daß sich alle Programmpunkte zur gleichen Zeit würden durchsetzen lassen. Aber wir haben doch Erfolge erzielt, und es gilt, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Die gewerkschaftliche Arbeit ist durch das Aktionsprogramm auf klare Nahziele festgelegt worden. So soll es auch in Zukunft bleiben. Wir wollen alle unsere Kräfte zusammennehmen, um auch die unerfüllten Forderungen des Aktionsprogramms in die Praxis umzusetzen. Damit rücken wir auch unseren großen Zielen näher.

Unsere ständige Arbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen wirkt als gesellschaftsverändernde Kraft. Stück um Stück entreißen wir der Unternehmersherrschaft, Stück um Stück tragen wir die Schranken der Klassengesellschaft ab.

Der Weg zur Überwindung der Klassengesellschaft ist die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie.

Erst am Ende dieses Weges wird eine Gesellschaft stehen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich gemacht ist. Eine Gesellschaft, deren tragende Pfeiler die soziale Sicherheit und der stetige gesellschaftliche Fortschritt sein werden. Auf diese neue Ordnung der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde müssen wir unseren Blick richten, auf sie muß unser täglicher Kampf hinführen.





Hauptlager hält alle

Sämtliche von den Betrieben benötigten Hilfsmittel für die Führung der Produktion, zur Inanganghaltung und zum Betrieb sind, müssen ständig ausreichend im Lager vorhanden sein mit sie bei Bedarf sofort greifbar sind. Die Hauptlagerung schafft das Hauptlagerhaus durch dauernde sorgfältige Prüfung der eingehenden Sendungen, durch eine Überwachung bei der Einlagerung und durch die Anwesenheit im Hauptlagerhaus macht viele kleinere Magazine überflüssig. In dieser Weise, den Vorrat an Gebrauchsgütern und Hilfsmitteln. Dadurch werden bedeutende Mittel eingespart.

Am 1. Oktober 1925 wurde das lange geplante Hauptlagerhaus der GHH bezogen, nachdem die Bauzeit durch die Ruhrbesetzung erheblich in die Länge gezogen worden war. Das Haus ist 86 Meter lang und 18 Meter breit. Über dem Erdgeschoß erheben sich drei Obergeschosse und zwei zurückliegende Dachgeschosse.



Das Hauptlagerhaus wurde in den Jahren 1921 bis 1925 errichtet. Das Gebäude ist 86 Meter lang und besteht aus dem 26 Meter breiten Keller, dem Erdgeschoß, drei Obergeschossen von je 18 Meter Breite und zwei zurückspringenden Dachgeschossen. Die Tragfähigkeit der Lagerböden vermindert sich von Geschoß zu Geschoß; sie beträgt im Erdgeschoß 5000 kg und im Dachgeschoß 500 kg je Quadratmeter Lagerfläche. Auf den — auf beiden Seiten des Hauses — vier Meter breiten, unterkellerten und überdachten Rampen mit je einem Rampenkran von einer Tonne Tragfähigkeit wird der Be- und Entladeverkehr abgewickelt. Der Warenverkehr ist so eingerichtet, daß auf der Rückfront des Hauptlagerhauses alle eintreffenden Güter entgegengenommen werden, während die Auslieferung nur vorne stattfindet.

Zwei Lastenaufzüge von je vier Tonnen Hebekraft und ein kleiner Aufzug von 100 kg Höchstlast vermitteln den Warentransport zu den einzelnen Geschossen. Im Erdgeschoß, dem eigentlichen Verkehrsgeschoß, befindet sich neben der Materialprüfstelle ein Abstellraum für die von den Werksabteilungen bestellten Güter und Ersatzteile. Sämtliche übrigen Geschosse sind Lagerräume. Die per Lastkraftwagen oder Eisenbahnwaggon angelieferten Waren werden auf die verschiedenen Stockwerke entsprechend ihrer Eigenart, der Tragfähigkeit und Lagerfläche verteilt. Für die feuersichere Unterbringung technischer Öle und Fette wurde hinter dem Hauptlagerhaus das Öllager mit einer Länge von 75 Metern und

einer Breite von 13 Metern errichtet. Die Entleerungsvorrichtungen für Kesselwagen befinden sich auf der Rückseite des Öllagers.

Die im Hauptlagerhaus aufbewahrten Waren bedürfen einer besonderen Pflege. Sie werden nach ihrem Eingang und ihrer Überprüfung ordnungsgemäß zumeist in Regalen untergebracht, damit sie stets schnell griffbereit sind. Je nach der Art des Materials sind besondere Anforderungen an

Werner Hickmann, der gegenwärtig als Werkstudent bei uns beschäftigt ist, zählt — nicht wiegt — mit einer Waage Unterlegscheiben.

In einer Kartei wird jede Bestellung sorgfältig verzeichnet. Geschoßverwalter Arthur Zimmermann notiert soeben einen neuen Wareneingang.



Der Lager-Fix ist eine praktische Neuheit zur Lagerung kleinerer Gegenstände. Gottfried Siekmeier erledigt eine Schraubenbestellung.

In unserem Schuhlager im Keller des Hauptlagerhauses befinden sich nur Sicherheitsschuhe. Wilhelm Damen hat soeben vier Paar entnommen.



Die Werkstatt hat Rotgußbüchsen angefordert. Johann Schweiger, Helmut Hartig und Horst Knitter laden sie auf eine kleine Handkarre.



Auch mit schweren und schwersten Brocken müssen unsere Mitarbeiter im Hauptlagerhaus fertigwerden. Hier wird durch einen Kran eine Kabelrolle an ihren Platz gebracht.



Lagerhaus s bereit

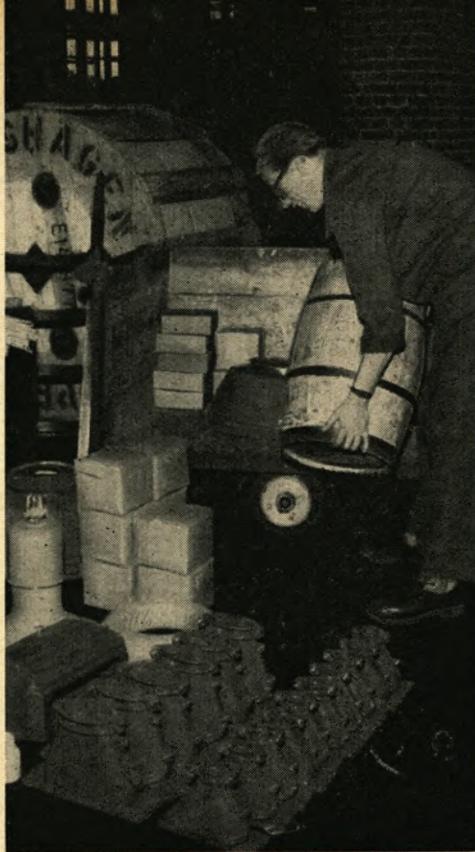
fe und Verschleißmaterialien, die zur Durch-
standsetzung der Betriebseinrichtungen erforder-
ndfreier Qualität auf Lager vorrätig sein, da-
raussetzung für die Versorgung der Betriebe
olle und rechtzeitige Ergänzung der Bestände,
bei der Warenabnahme, durch sachgemäße
erechte Bereitstellung bei der Ausgabe. Das
n den Betrieben überflüssig und hilft auf diese
atzteile möglichst angemessen zu halten.
anderen Zwecken zugeführt werden können.



die Temperatur, den Luftfeuchtigkeitsgehalt und
die Lichtverhältnisse des Lagerraumes zu stellen.
Bei längerer Lagerung muß geprüft werden, ob
äußerlich erkennbare Mängel eingetreten sind.

Seit dem 1. Oktober 1953 ist das neue Waren-
schlüsselverzeichnis in Benutzung, das in jahre-
langer Arbeit auf Grund der neuesten Erfahrungen
zusammengestellt worden ist. Es umfaßt sechs
Hauptbände mit je 100 000 Schlüsselnummern
und acht Teillisten mit je 10 000 Schlüsselnummern.
Die Aufgliederung erfolgt nach folgenden Stoff-
gruppen: Bauwaren, Verbindungselemente, Be-
triebshilfsstoffe, Werkzeuge, elektrisches Material,
Motoren und Schaltgeräte in den Hauptbänden;
weitere Gruppen sind in den Teillisten erfaßt.
Die Warenschlüsselnummern sind maßgebend für
Werk Oberhausen, Werk Gelsenkirchen und

Im Papierlager wird jede Papiersorte auf Vorrat gehalten. Hubertine Tiegelbeckers und Elisabeth Euwens stapeln Papier, das von der Vordruckstelle bestellt worden ist.

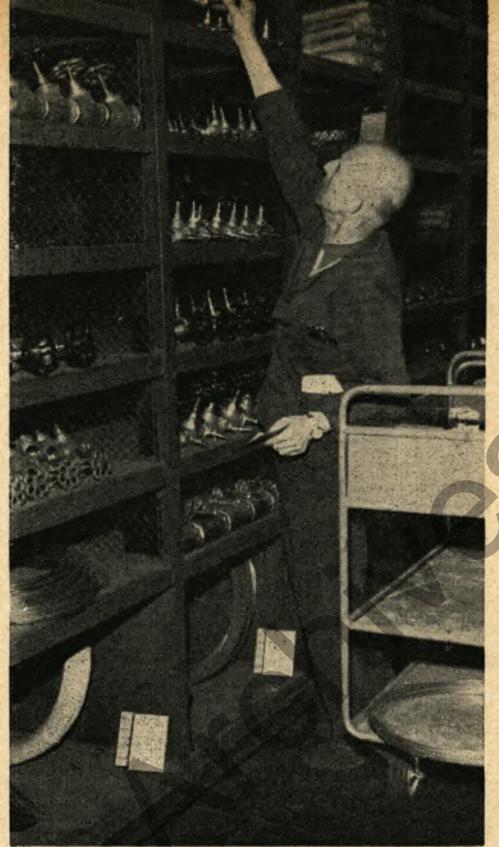


▲ Eine Sendung für den elektrischen Betrieb ist zusammengestellt worden. Herbert Todten lädt die Einzelteile auf einen kleinen Lastenwagen.

Abteilung Lüntenbeck. Alle Materialbewegungen — Ein- und Ausgänge — laufen wegen der hollerithmäßigen Erfassung und Abrechnung über diese festgelegten Nummern.

Zu jedem Lagerbestand in den Regalen gehört eine Lagerkarte, auf der die Art und die vorhandene Stückzahl des Gutes notiert ist. Sobald wieder ein Stück entnommen wird, muß ein Abtrag vermerkt werden. In einer Kartei, die jeweils vom Geschobverwalter geführt wird, ist für jeden Posten eine Bestellkarte vorhanden. Diese Kartei ermöglicht rationellste Lagerhaltung, so daß unnötige Bestände das Hauptlagerhaus nicht belasten. In Anbetracht der heute üblichen kurzen Lieferfristen ist es auch nicht erforderlich, größere Bestände eines Materials in den Regalen zu verwahren. Dadurch werden beträchtliche Summen frei; denn Ballast im Hauptlagerhaus bedeutet totes Kapital. Das Hauptlagerhaus ist eine kostensparende Einrichtung, die gegenwärtig wieder besonders kostenbremsend wirksam sein muß. Jedes verantwortungsbewußte Belegschaftsmitglied kann dabei behilflich sein.

Zum Hauptlagerhaus gehört auch die Materialprüfstelle, die schon anfangs erwähnt worden ist. Sie dient nicht nur dazu, uns vor schadhafte und schlechte Waren zu sichern, sondern auch ebenso dazu, unsere Betriebe mit ordnungsgemäßen Ersatzteilen und Gebrauchsgütern zu versorgen. Wir behalten uns vor, in einer späteren Ausgabe der Werkzeitschrift darüber zu berichten.



▲ In der elektrotechnischen Abteilung befinden sich auch Wasserarmaturen. Karl Messerschmidt ist gerade dabei, eine Sendung zusammenzusetzen.



▲ Im Öllager, das in einem Sondergebäude hinter dem Hauptlagerhaus untergebracht worden ist, rollt Wilhelm Feldkamp ein Ölfaß zur Rampe.

▼ Alles, was in unserem Hauptlagerhaus in Stapeln oder Fächern liegt, wird in unseren Betrieben benötigt. Nichts ist überflüssig oder gar toter Lagerbestand. Alles muß griffbereit sein, damit es zu jeder Zeit abgerufen werden kann, wenn der Betrieb es erfordert. Unser Bild zeigt, wie eine Sendung auf einem Lkw verstaут wird.



ARBEITER - ANGESTELLTE

Unter der gleichen Überschrift hat in Nr. 15 der Werkzeitschrift Willi Robben Stellung genommen zum Problem „Angleichung Arbeiter—Angestellte“. Die zum Teil recht munteren Diskussionen, die um dieses Thema kreisen, spiegeln sich wider in den zahlreichen sich zum Teil widersprechenden Leserbriefen, die nach dem Erscheinen des Artikels an uns gerichtet wurden. In diesem Zusammenhang soll noch einmal betont werden, was schon im Impressum auf der zweiten Seite gesagt wird, daß nämlich mit Namen des Verfassers gezeichnete Artikel die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion darstellen. Schließlich kommt es uns darauf an, zum Ausdruck zu bringen, daß in der Werkzeitschrift jeder die Möglichkeit erhalten soll, seine Ansicht zu äußern. Jedenfalls handelt es sich bei dem angeschnittenen Thema um ein echtes Problem, denn die Veränderung der industriellen Fertigung durch Technisierung und Mechanisierung hat eine völlige Wandlung der betrieblichen, gesellschafts- und sozialpolitischen Situation herbeigeführt. Dadurch ist die Forderung nach einer Überprüfung der arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Abgrenzung Arbeiter—Angestellte in letzter Zeit immer lauter geworden.

Einen Artikel, wie ihn Koll. Robben verfaßt hat, muß ein Arbeiter als unkollegial abtun. Ein großer Teil der Angestellten wird ihn wohl mit genau so großem Befremden gelesen haben. Na ja, möchte man sagen, Kollege Robben, haben Sie mit Ihren bombastischen Ausführungen und Sätzen nicht vollkommen am Problem vorbeigeschossen? Zunächst möchte ich feststellen, daß Sie, Kollege Robben, in Ihrer Unterschrift des Artikels etwas vergessen haben, und zwar das Wörtchen „DAG“. An sich kann ich mir jedoch schwer vorstellen, daß die „DAG“ so weltfremd sein sollte und das Problem der Angestellten und Arbeiter aus der Perspektive eines Wolkenkuckucksheims sieht, wie Sie es getan haben.

Ich kann verstehen, daß sich ein alter Angestellter an die Ideale klammern möchte, die vor einem halben Jahrhundert noch Gültigkeit hatten. Ich kann mir aber nicht denken, daß Sie, Kollege Robben, so mit Idealen vollgestopft sind und vor allem so wirklichkeitsfremd sind, um nicht das zu sehen, worauf es wirklich ankommt. Unser Bemühen kann doch nur sein, das Verstehen zu fördern, nicht Klüfte aufzureißen. Dazu möchte ich noch feststellen, und die Jahre nach 1945 haben das gezeigt, daß die Angestellten ohne die kollegiale Macht der Arbeiter im Rücken nicht in der Lage waren und sind, allein für sich und auf sich gestellt, wesentliche Vorteile zu erringen. Ich brauche nur an die verschiedenen Versuche erinnern, die die DAG allein gestartet hat und die dann kläglich gescheitert sind.

Herr Kollege Robben, wir sind uns wohl darüber einig, daß wir noch tagelang über das „Problem“ der Angestellten und Arbeiter diskutieren können, nicht wahr? Wer aber aufmerksam und ohne Voreingenommenheit Ihren Artikel gelesen hat, der kann sich eines leisen Lächelns nicht erwehren, um es milde zu sagen.

Heinrich Vogelsang,

Abt. Verkehr, Eisenbahnbauabt.

Ich kann mir gut vorstellen, daß vielen Arbeitern die Ausführungen, die der Kollege Willi Robben unter der Überschrift „Arbeiter — Angestellte“ in Nr. 15 der Werkzeitschrift gemacht hat, nicht gefallen haben, Sie, die immer auf die Gleichstellung mit den Angestellten pochen, haben endlich

auch einmal von der „anderen“ Seite zu hören bekommen, daß man unter der sozialen Gleichstellung keine Gleichmacherei überhaupt verstehen darf. Die Angestellten mißgönnen den Arbeitern nicht die Erfolge, die sie in bezug auf die soziale Sicherheit errungen haben. Die Arbeiter sind in vieler Hinsicht bereits besser gestellt als wir Angestellten. Wir setzen uns aber zur Wehr gegen die vielfache Herabwürdigung unserer Tätigkeit. Genau wie die Arbeiter sind die Angestellten sich ihrer gesamtwirtschaftlichen Aufgabe und Bedeutung bewußt. Man sollte bei der Behandlung des Themas „Arbeiter — Angestellte“ nicht übersehen, daß die Angestellten mit dem Ergebnis der Sozialversicherungswahlen einen Beweis für ihre Selbstständigkeit gegeben haben.

Theo Peters,
Anlagenbuchhaltung

In der Betriebsratssitzung am 2. September 1958 beschlossen die Betriebsratsmitglieder der Arbeiterseite, sich von dem Artikel „Echo der Arbeit“ Ausgabe Nr. 15 „Arbeiter/Angestellte“ von Willi Robben zu distanzieren.

Betriebsrat
Verhoeven

Der Artikel „Arbeiter und Angestellte“ des Kollegen Willi Robben hat bei den „Arbeitern“ der HOAG, gelinde gesagt, Staub aufgewirbelt. Im Absatz 1 schreibt Kollege Robben von Parolen usw. Wer sachlich denkt, ob Angestellter oder Arbeiter, den stören diese komischen Parolen nicht. In Deutschland wurde tausend Jahre vom „Arbeiter der Stirn und der Faust“ gesprochen, auch das war eine Parole.

Für mich ist es auch eine Parole, wenn man von einer Angleichung Arbeiter—Angestellte spricht, weil wir Arbeiter jetzt nur einmal im Monat unseren Lohn empfangen. Für eine echte Hausfrau ist es gleich, ob ihr Max sein sauer verdientes Geld am 16. des Monats oder je zur Hälfte am 1. und 16. des Monats abliefern.

Auch sollte man heute nicht mehr darüber streiten, wer dafür sorgte, daß nach dem unseligen Krieg die westdeutsche Industrie wieder produktiv wurde. Daran waren neben den Angestellten auch die Handwerker in sehr hohem Maße beteiligt und erhielten keinen Sonderlohn dafür.

Nicht das soziologische Existenzbewußtsein oder der Standesdünkel kann hier helfen. Hier hilft auch keine Vermassung oder Gleichmacherei ohne Rücksicht. Die Rechte, die der Arbeiter oder auch der Angestellte sich im Laufe der Jahre erworben oder, wie man so schön sagt, erkämpft hat, werden durch solche Artikel nicht gefestigt oder gar vergrößert.

Kollege Robben, Standesdünkel ist wirklich nicht mehr zeitgemäß, ganz gleich, wer ihn offenbart.

Hier kann nur gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Mithilfe am Platze sein. Liebe zu seinem Beruf und eine gehörige Portion Berufsstolz (nicht Dünkel) und dazu Achtung und Respekt vor der Berufsarbeit der vielen anderen Mitarbeiter, seien es nun kaufm. oder techn. Angestellte, sei es die Vielzahl der Handwerksberufe, seien es die Walzer oder Feuerarbeiter oder gar der einfache Platzarbeiter.

Bei uns im Werk und in der Zeitung wird viel von Betriebsklima gesprochen, gemeint sind aber Tonnen.

Kollege Robben, wollten Sie mit Ihrem Artikel für die Angestellten eine Lanze brechen? Sie haben, fürchte ich, das Gegenteil erreicht.

Wilhelm Schiller,
Anstreicherei NO

Nachdem Herr Robben es für notwendig gehalten hat, uns durch die Werkzeitschrift von seinen „geistvollen“ sozial- und wirtschaftspolitischen Erkenntnissen mitzuteilen, halte ich es für angebracht, auf einige Tatsachen hinzuweisen, die er anscheinend übersehen hat.

1. Auch wir Arbeiter sind uns unserer selbst bewußt und brauchen nicht Herrn Robben dazu, uns wertmäßig einzustufen. Wir bilden uns nicht ein, mehr wert zu sein als die Angestellten, halten uns aber auch nicht für weniger.

2. Solange es Menschen gibt, wird es ihr durchaus berechtigtes und verständliches Streben sein, die Vorrechte einer höher eingestuftem Schicht auch für sich in Anspruch nehmen zu können. Denn bei der Gleichstellung geht es nur um Vorrechte, die geschaffen wurden, den Angestellten stärker an das Unternehmen zu binden, keineswegs aber darum, die unterscheidenden Berufsmerkmale aufzuheben.

3. Wenn Herr Robben durchblicken läßt, durch die Gleichstellung

würde unser soziales und wirtschaftliches Gefüge erschüttert, muß ich ihm darauf antworten, wollte man darauf Rücksicht nehmen, gäbe es keinen sozialen Fortschritt mehr.

4. Die Auseinandersetzung um die Gleichstellung kann sowieso nicht zwischen Arbeitern und Angestellten ausgehandelt werden, sondern nur zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.

5. Wenn darauf hingewiesen wird, daß einige Angestellte weniger verdienen als verschiedene Arbeiter, dann sollte man nicht übersehen, daß der Arbeitgeber allerlei Geld investiert, um die Arbeitsplätze der Angestellten bequem, sauber und gesund zu halten.

Zum Schluß würde mich noch interessieren, wem Herr Robben mit seinem Artikel eigentlich einen Dienst erweisen wollte, denn den Angestellten oder den Arbeitern hat er damit nicht gedient. Will er sich aber nur zum Sprachrohr der Leute machen, die sagen, den Arbeitern geht es heute wieder zu gut, dann ist er wirklich schlecht beraten. Es kann uns Arbeitern nichts daran liegen, mit den Angestellten auf dem Kriegsfuß zu stehen. Artikel dieser Form aber untermauern ein gutes Verhältnis nicht, sondern untergraben es.

Udo Hartwig,
Elektr. Werkstatt NO

Endlich einmal ist offen zu dem Problem „Angleichung Arbeiter — Angestellte“ Stellung genommen worden. Man sollte Willi Robben dankbar sein für seinen Bericht. Es hat keinen Zweck, den Arbeitern vorzugaukeln, daß jegliche Unterschiede der Berechtigung entbehren. Damit verläßt man den Boden der Realität. Eine absolut klassenlose Gesellschaft, wie sie von manchen Gleichmachern angestrebt wird, hat sich selbst in der UdSSR, einem sogenannten „Bauern- und Arbeiterstaat“, nicht verwirklichen lassen. Wir Angestellten klammern uns keineswegs an vermeintliche Vorrechte; wir würden gerne sehen, wenn möglichst ein großer Teil der Arbeiterschaft gleichfalls davon Gebrauch machen könnte. Zweifellos haben sich die Tätigkeitsmerkmale mit zunehmender Technisierung und Mechanisierung im einzelnen verändert. Das gilt für Angestellte wie für Arbeiter, ohne daß jedoch die wirtschaftliche und berufliche Eigengeltung der Angestellten an Bedeutung verloren hätte.

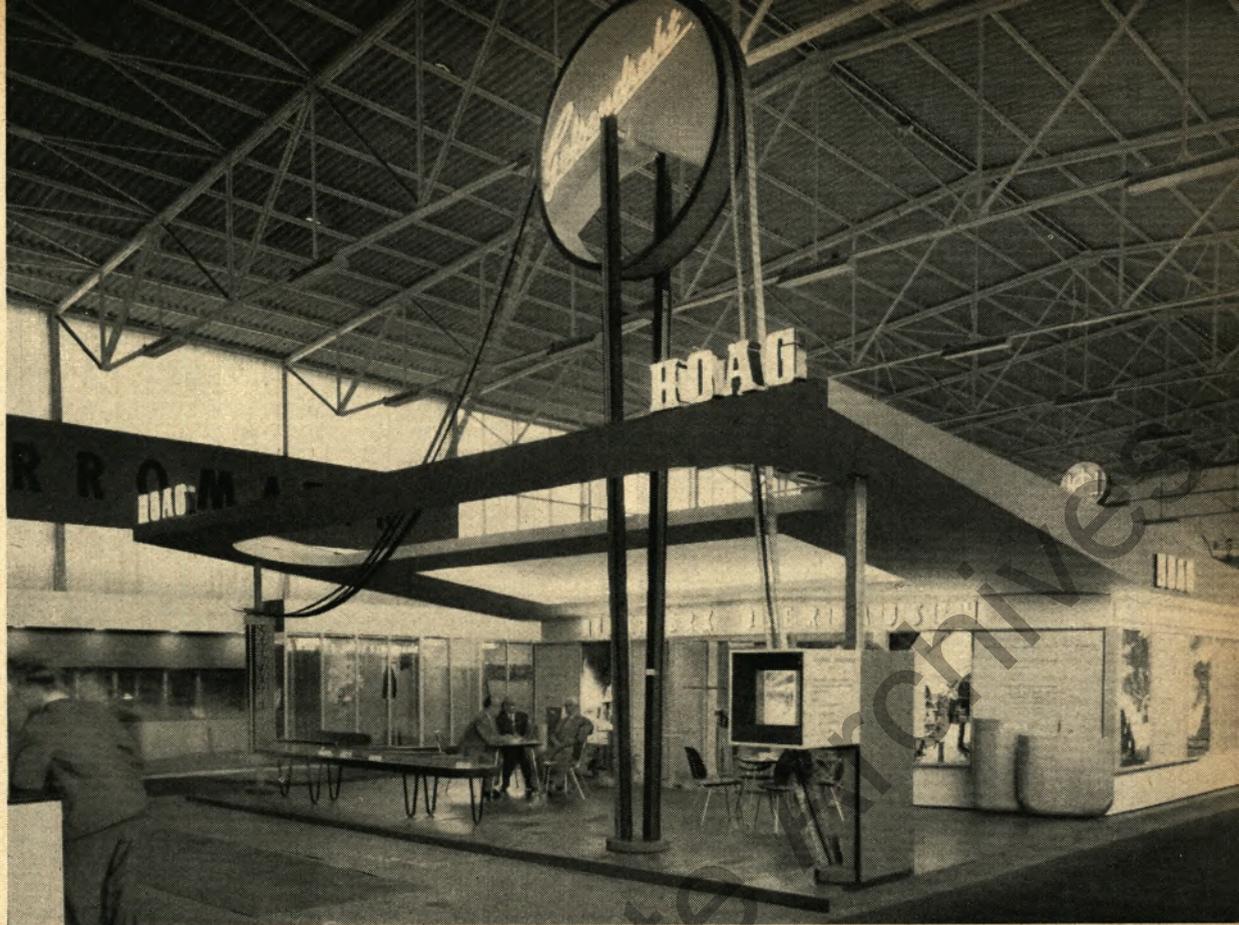
Es wäre verfehlt, in der Begriffsdefinition des Angestellten und der Beziehung zum Arbeiter von „Kopf- und Handarbeitern“ zu sprechen. In den Betrieben können in zunehmendem Maße viele menschliche Arbeiten kaum noch ohne Anforderung an den Intellekt geleistet werden. Die diese Tätigkeiten verrichtenden Arbeiter sollten längst zu Angestellten erklärt sein. Es wäre aber eine Diskriminierung der Angestelltenschaft und ihrer beruflichen Ausbildung, wenn man die Arbeiter schlechthin, so auch jeden ungelerten Arbeiter, mit ihr gleichstellen wollte. Dies einmal aufgezeigt und damit falsche Vorstellungen beiseite geräumt zu haben, ist das besondere Verdienst Willi Robbens.

Clemens Haas,
Betriebsabrechnung

Stahl für den Bergbau

Die Deutsche Bergbau-Ausstellung 1958, die vom 13. bis 28. September in Essen stattfand, fiel hinein in eine Zeit der wachsenden Kohlenhalden und Feierschichten, hervorgerufen durch eine Absatzkrise auf dem Steinkohlenmarkt. Dieser alles in allem unerfreuliche Zustand dämpfte in etwa den Optimismus, der in den verschiedenen Reden bei der Eröffnung der Ausstellung zum Ausdruck kam. Immerhin war die diesjährige Bergbau-Ausstellung — die fünfte, die nach dem Kriege durchgeführt wurde — die bisher größte dieser Art. Hauptaufgabe der Ausstellung war es, den Fachleuten des Bergbaus Gelegenheit zu geben, sich über die technische Entwicklung zu unterrichten, sachverständige Vergleiche anzustellen und Anregungen für Verbesserungen in den Betrieben zu erhalten. Darüber hinaus war es ein Zweck der Ausstellung, der es Bevölkerung den Bergbau nahezubringen und sie mit den menschlichen, technischen und wirtschaftlichen Problemen bekanntzumachen.

Schon ein flüchtiger Rundgang durch die Ausstellung ließ erkennen, wie sehr im Zuge der fortschreitenden technischen Entwicklung auch im Bergbau die menschliche Arbeitskraft in immer stärkerem Maße durch den Einsatz moderner Maschinen entlastet wird. Allein in den letzten beiden Jahren war im Ruhrbergbau ein Zuwachs des Mechanisierungsgrades um



Für die Zeit der Bergbau-Ausstellung auf dem Grugagelände in Essen hatte unser Werk seinen für die HOAG-Erzeugnisse werbenden Stand unmittelbar neben den Ständen der GHH in Sterkrade und des Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerkes. Oberhausen liefert hauptsächlich Grubenausbauprofile, Grubenschienen, gepreßte Blechseile für den Bau von Förderwagen und Stahlhalbfabrikate für vielerlei Bergwerkseinrichtungen. Wesentlich bestimmt war unsere Beteiligung an der Bergbau-Ausstellung durch unser Werk Gelsenkirchen, das schon seit über 75 Jahren Rund- und Flachseile und seit rund 30 Jahren Güteketteln für den Bergbau liefert.

zehn Prozent zu verzeichnen. Fast vierzig Prozent der arbeitstäglichen Gesamtförderung werden heute in mechanisierten Betrieben gewonnen. Das hat, wie die Ausstellung zeigt, auch die Stahlindustrie, vor allem den Maschinenbau, vor neue Aufgaben gestellt. Stahl ist heute im Bergbau der bei weitem am meisten verwendete Werkstoff.

Es mag, wie ein Journalist wissen wollte, im Augenblick widersinnig er-

scheinen, Maschinen und Anlagen zur Steigerung der Kohleförderung auf einer Mustermesse wie der Bergbau-Ausstellung anzupreisen, wenn gleichzeitig Feierschichten und schwerwiegende Gespräche zwischen Bundesregierung und Bergbau klarmachen, wie schwierig es zur Zeit ist, allein die bisher geförderte Kohle verlustlos abzusetzen. Die Tatsache, daß die großen Bergwerksgesellschaften dennoch beachtliche Investi-

tionsprogramme ankündigen, deutet jedoch darauf hin, daß die Krise des Kohleabsatzes als vorübergehende, konjunkturell bedingte Störung angesehen wird, der zweifellos wieder eine Periode starker Nachfrage folgen wird. Gerade zu diesem Zeitpunkt ist es deshalb wichtig, alle Möglichkeiten zur Mechanisierung und Rationalisierung des Abbaus und der Förderung aufzuzeigen. Diese Aufgabe wurde von der Bergbau-Ausstellung voll und ganz erfüllt. Schließlich kommt es darauf an, die Gewinnungskosten in einem Rahmen zu halten, der der Kohle als dem wichtigsten Energieträger hinreichenden Spielraum für die Konkurrenz mit anderen Energieträgern läßt. Man darf nicht übersehen, daß der Abbau sich in immer größeren Teufen abspielt und sich zunehmend schwieriger gestaltet. Investitionen, um mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, aber kosten Geld, sie müssen erwirtschaftet werden. Dazu, das war die Devise, die auf der Ausstellung immer wieder laut wurde, muß eine vernünftige Kohlepolitik dem Bergbau die Möglichkeit geben.

Trotz aller Mechanisierung, so lieb die Ausstellung erkennen, bleibt der tätige Mensch nach wie vor der kostbarste Teil des bergbaulichen Betriebes. Alle Gedanken über die Kohle beginnen bei dem, der sie aus der Erde herausholt, dem Bergmann. Die auf der Ausstellung gezeigten Maschinen sind dazu erdacht, ihm die Arbeit leichter zu machen.

Fazit der Ausstellung war: Unsere Wirtschaft besitzt in der Kohle einen Rohstoff, der als Energieträger, trotz der Bedeutung der Atomenergie, unentbehrlich ist. Diese Tatsache wurde von der Essener Ausstellung klar unterstrichen. Die Ausstellung war gleichzeitig ein Ausdruck dafür, daß der Steinkohlenbergbau an seine Zukunft glaubt und entschlossen ist, die ihm gestellten Aufgaben zu meistern.

S.



Zu den Hauptlieferanten von Bergbaueinrichtungen und Bergbaubedarf aller Art gehört seit 140 Jahren die GHH in Sterkrade. Sie ist auch in diesem Jahr wieder mit einem großen Stand auf der Bergbau-Ausstellung in Essen vertreten gewesen, wo Besucher aus dem In- und Ausland beraten wurden. Das Lieferprogramm der GHH in Sterkrade für den Bergbau umfaßt neben Fördermaschinen unter anderem vollständige Schachtanlagen, Fördergerüste, Schachthallen, Füllortausbauten, Streb- und Streckenausbauten in Stahl, Förderkörbe und Förderwagen. Die GHH brachte in ihrem Stand einen besonderen Hinweis auf die 200. Wiederkehr des Gründungsjahres der St. Antony-Hütte, aus der sie hervorgegangen ist und die als die Keimzelle der Eisenindustrie an der Ruhr gilt.

POSTILLION IM HÜTTENWERK



Ein schneller „Flitzer“ ist der Werkspostwagen und Walter Boehlke kein gemütlicher Postkutscher von „Anno Tobak“. Für die Postrundfahrten durch das Werk ist ein genauer Fahrplan aufgestellt, der auch eingehalten werden muß. Also Platz gemacht, wenn der flinke „3 = 6“ um die Ecke gebräust kommt.

Der Postbote ist ein Mann, der in den meisten Fällen gern gesehen wird, bringt er doch gewöhnlich eine Fülle Neuigkeiten mit sich. Auch der „Werkspostbote“ Walter Boehlke findet überall, wohin er kommt, freundliche Gesichter. Hier lächelt ihm Rita Rudersdorf von der Städtischen Sparkasse entgegen.

Pünktlich ist der Postillon eingetreten. Er nimmt den zu befördernden Poststapel von seinem Platz auf dem Schreibtisch, und weiter geht's. Der freundliche Herr links ist Friedrich Volkenborn vom Versandbüro auf NO. Er kann seine Uhr nach dem Postillon Boehlke stellen, der sechsmal am Tage eintritt.

„Bei der Post geht's nicht so schnell“, singt die Christl von der Post in Carl Zellers Operette „Der Vogelhändler“. Der Postillon im Hüttenwerk Oberhausen heißt allerdings nicht Christian, und im Gegensatz zur Operettenpost geht es bei ihm immer recht flott zu. Er ist Fahrer eines vor einiger Zeit angeschafften DKW-Transporters und versieht die Postbeförderung innerhalb des Werkes.

Durch den Einsatz des Wagens ließ sich der Postumlauf erheblich kostensparender und schneller gestalten, als es vorher möglich war. Allein 14 Boten konnte andere Arbeit zugewiesen werden.

Für seine Bestimmung ist der Postwagen eigens ausgestattet worden. Durch eine praktische Schiebetür auf der rechten Wagenseite, kann man das Fahrzeug aufrecht betreten. Die Schiebetür wurde hauptsächlich deshalb gewählt, weil Klapptüren beim Öffnen leicht zu Unfällen führen können. Im Laderaum des Wagens sind soviel Fächer eingerichtet wie es Stellen gibt, die der Postillon im Verlaufe einer Rundfahrt ansteuern muß. Auf den Bock dieser modernen „Postkutsche“ wurde der Kraftfahrer Walter Boehlke gesetzt. Er muß sich bei seinen Postfahrten genau nach einem Fahrplan richten. Eine Rundfahrt beginnt jeweils an der Poststelle der Hauptverwaltung. Hier nimmt

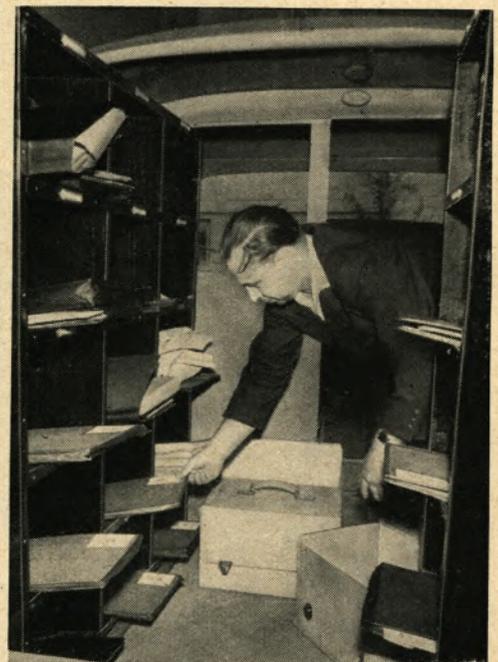


In der Poststelle der Hauptverwaltung kommt die meiste Post zusammen; soeben trägt Walter Boehlke zwei große Taschen voll zu seinem Wagen. Wenn er eintrifft, stehen die Postfächer schon bereit, damit er keinen Aufenthalt hat. Die Hauptverwaltung ist der Ausgangspunkt aller Postrundfahrten.

Walter Boehlke auch den größten Stapel Sendungen entgegen. Nachdem er alles in den entsprechenden Fächern untergebracht hat, geht es zunächst zum Blechwalzwerk. Von dort aus fährt der Wagen weiter zum Wasserwerksbüro im Wasserturm an der Mülheimer Straße. Die nächsten Stationen sind nacheinander: Abteilung Verkehr, Gutehoffnungshütte an der Essener Straße, Tor 4, Hochofenbetrieb, Versuchsanstalt, Werkschutz und Lehrlingswerkstatt, Neu-Oberhausen, Bundesbahn-Büro am Fallwerk, Eisenbahnreparaturwerkstatt, Zementwerk, Sozialbetriebe, Lokschuppen und wieder die Poststelle. Die Reihenfolge der anzufahrenden Stellen wurde so gewählt, daß sie immer rechts des Fahrweges liegen. Dadurch werden Verkehrsstauungen weitgehendst vermieden und der rechts aussteigende Fahrer nicht unnötig gefährdet. —

Der blaue Werkspostwagen ist zu einem gewohnten Anblick in unseren Betrieben geworden. Er dient als ein festes Bindeglied unter den Werksabteilungen. „Ja, bei der Werkspost geht es schnell...“

In den Fächern im Laderaum des Postwagens sammeln sich während der Fahrt die Sendungen. Sie werden in die entsprechenden Fächer verteilt, damit sie im Verlaufe der Fahrt zugestellt werden können. Sendungen, die für bereits berührte Stellen bestimmt sind, werden bei der nächsten Fahrt mit übergeben.





Zum Betriebsdirektor ernannt

Mit der Auflösung der Abteilung Verkehr als Gesellschaft bürgerlichen Rechts, worüber wir bereits berichteten, entfällt die seinerzeit

erfolgte Berufung von Dr.-Ing. Pöhner zum Geschäftsführer der Gesellschaft. Da die Abteilung Verkehr als Betriebsabteilung der HOAG weitergeführt wird, wurde Dr. Adolf Pöhner die Berechtigung erteilt, mit sofortiger Wirkung den Titel „Betriebsdirektor“ zu führen.

Dr. Pöhner wurde 1901 in Würzburg geboren. Er besuchte die Oberrealschule in Bayreuth und studierte nach vorübergehender praktischer Tätigkeit als Monteur bei einer Elektrizitätsversorgungsgesellschaft an der TH München Maschinenbau, Fachrichtung Elektrotechnik. Während der Semesterferien war er als Praktikant bei der Reichsbahn als Schlosser, Heizer und Lokführer im Rangier- und Güterzugdienst tätig. 1925 bestand er das Diplom-Examen mit „Gut“. Nach planmäßiger Weiterausbildung bei der Reichsbahn legte er 1928 das Regierungsbaumeister-Examen ab. 1930 promovierte er an der TH Aachen mit der Dissertation „Gesteuerte Lenkachsen bei Eisenbahnwagen“ zum Dr.-Ing. Seine umfassenden Kenntnisse

in Maschinenbau und Elektrotechnik ließen ihn 1933 die technische Verwaltungslaufbahn bei der Kriegsmarine einschlagen. Seiner Qualifi-



den Ruhestand getreten ist, Heinrich Verhoeven als Vertreter der Arbeiterschaft vom Wahlkörper des Betriebsrates in den Aufsichtsrat gewählt. Seit 1948 gehört – mit einhalbjähriger Unterbrechung – Heinrich Verhoeven, der zuletzt Kranführer im Siemens-Martin-Werk II war, dem Betriebsrat an. Nach der letzten Betriebsratswahl wurde er zum Vorsitzenden der Betriebsvertretung gewählt. Zugleich ist er Mitglied des Rates der Stadt Oberhausen. — Die besondere Liebe des Einundfünfzigjährigen, der seit nahezu 37 Jahren Werksangehöriger ist, gehört dem Sport. Er ist Vorsitzender des Turnerbun-

kation verdankte er den Aufstieg vom Marinebaurat bis zum Ministerialrat. 1946 kam Dr. Pöhner zunächst als Oberingenieur und stell-

vertretender Leiter der Abteilung Verkehr nach Oberhausen. Am 1. 4. 1949 wurde ihm die Leitung der Abteilung Verkehr übertragen, und am 30. 1. 1952, im Zusammenhang mit der Neuordnung der Abteilung Verkehr, erfolgte seine Ernennung zum Geschäftsführer der Abteilung Verkehr.

Wechsel in unserem Aufsichtsrat

Gemäß dem Gesetz über die Mitbestimmung wurde für August Jürs, der wie berichtet – in diesem Jahr sein 65. Lebensjahr vollendete und in

den Ruhestand getreten ist, Heinrich Verhoeven als Vertreter der Arbeiterschaft vom Wahlkörper des Betriebsrates in den Aufsichtsrat gewählt. Seit 1948 gehört – mit einhalbjähriger Unterbrechung – Heinrich Verhoeven, der zuletzt Kranführer im Siemens-Martin-Werk II war, dem Betriebsrat an. Nach der letzten Betriebsratswahl wurde er zum Vorsitzenden der Betriebsvertretung gewählt. Zugleich ist er Mitglied des Rates der Stadt Oberhausen. — Die besondere Liebe des Einundfünfzigjährigen, der seit nahezu 37 Jahren Werksangehöriger ist, gehört dem Sport. Er ist Vorsitzender des Turnerbun-

des Osterfeld, wobei er es sich trotz der vielen betrieblichen Verpflichtungen nicht nehmen läßt, insbesondere unserer Jugend die turnerischen Ideale nahezubringen. — Mit seiner Wahl in den Aufsichtsrat hat Heinrich Verhoeven die wichtige Aufgabe gestellt bekommen, die Interessen der Arbeiter im Aufsichtsrat der HOAG zu vertreten.



Wie schon in dem vorhergehenden Bericht angedeutet, ist August Jürs nunmehr Pensionär. Mit seinem Ausscheiden aus der aktiven Belegschaft ist gleichzeitig die Neuwahl eines Arbeitervertreters in den Auf-

sichtsrat erforderlich geworden. Doch wäre es unbillig, würde man das Ausscheiden von August Jürs hinnehmen, ohne einige ihn würdigende Zeilen zu schreiben.

Bekanntlich hat August Jürs mehr als zehn Jahre lang die Interessen der Arbeiterbelegschaft im Aufsichtsrat vertreten. Schon seit 1947 gehört er dem Betriebsrat an und war vom Februar 1948 bis zum Frühjahr 1949 Betriebsratsvorsitzender. Auch als Sprecher des Unfallschusses hat sich August Jürs besonders verdient gemacht. Sein menschliches Vorbild wird bei sehr vielen Kollegen geschätzt.

Übrigens trat August Jürs, der am 23. Februar 1893 in Osnabrück geboren wurde, schon als Vierzehnjähriger ins Werk ein. Er lernte auf Neu-Oberhausen, arbeitete in der Thomasschlackenmühle und war lange Jahre als Dreher im Radsatzwerk beschäftigt. Seit 1947 war er Dreher-Vorarbeiter. Im wohlverdienten Ruhestand begleiten August Jürs unsere besten Wünsche.

Lehrlingseinstellung 1959

Wir stellen zu Ostern 1959 für unsere Werke in Oberhausen und Gelsenkirchen ein:

1. Lehrlinge für den Beruf des Industriekaufmanns,
2. Anlernlinge für den Beruf der Bürogehilfin.

Die Einstellung wird von dem Ergebnis einer Aufnahmeprüfung abhängig gemacht. Schriftliche Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Abschrift des letzten Schulzeugnisses sind möglichst bald, spätestens jedoch bis zum 25. Oktober 1958 einzureichen

für das Werk Oberhausen

bei der Personalabteilung für Angestellte, Verwaltungsgebäude, Oberhausen, Essener Straße 66

für das Werk Gelsenkirchen

bei der Personalabteilung, Verwaltungsgebäude, Gelsenkirchen, König-Wilhelm-Straße.

Ferner beabsichtigen wir, zu Ostern 1959 wieder gewerbliche Lehrlinge einzustellen:

für das Werk Oberhausen

Starkstrom-Elektriker
Elektrowickler
Maschinenschlosser
Betriebsschlosser
Stahlbauschlosser
Schweißer

für das Werk Gelsenkirchen

Starkstrom-Elektriker
Maschinenschlosser

Die Einstellung wird von dem Ergebnis einer Aufnahmeprüfung abhängig gemacht. Der genaue Zeitpunkt der Prüfung wird jedem Bewerber rechtzeitig mitgeteilt.

Schriftliche Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Abschrift des letzten Schulzeugnisses sind möglichst bald, spätestens bis 15. November 1958, einzureichen:

für das Werk Oberhausen bei der Ausbildungsabteilung, Verwaltungsgebäude, Oberhausen, Essener Straße 66,

für das Werk Gelsenkirchen bei der Personalabteilung, Verwaltungsgebäude, Gelsenkirchen, König-Wilhelm-Straße.

Bewerbungen, die nach diesen Terminen eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.



BETRIFFT MICH NICHT . . .

... würde dieses Walroß grunzen, wenn es ein Mensch wäre. So ein Walroß hat von Natur aus ein schwerfälliges Gemüt und ein dickes Fell...

Es soll aber auch Menschen geben, die einem Walroß im Wesen nicht unähnlich sind; die sich ähnlich gleichgültig und teilnahmslos verhalten, wenn es sich nicht um ihr Wohlergehen, um ihren Vorteil handelt. Das sind die Gleichgültigen, Gedankenfaulen, Gewohnheitsträger, von denen man mehr als einmal zu hören bekommt: Betrifft mich nicht...

Es ist erschreckend, zu sehen, wie sich die Gleichgültigkeit unter den Menschen unserer Tage immer mehr breitmacht. Fünf Menschen verbrennen in einem verunglückten Fahrzeug auf der Autobahn. Hundert andere sehen zu, ohne eine Hand zu rühren. Ein Kind treibt, dem Ertrinken nahe, in der Ruhr. Ungezählte blicken hin. Keiner hilft. Erst ein Polizist, der zufällig des Weges kommt, handelt, entreißt das kleine Mädchen dem nassen Tod. — — Solche Beispiele ereignen sich fast täglich. Sind wir so gefühllos geworden? Vielleicht hat es einen anderen Grund. Wir haben eine Feuerwehr, eine Polizei, haben Krankenwagen, Fürsorgeeinrichtungen, Unfallstationen — — alles funktioniert bestens. Für alles und jedes ist eine Stelle „zuständig“. Und in diesem Zustand der geregelten Zuständigkeiten kann sich das wertere Ich bequem, unbehelligt und ungerührt hinter sein „Betrifft-mich-nicht“ zurückziehen.

Sehen wir uns doch einmal in unserem Betrieb, in unserer Nachbarschaft um. Es braucht ja nicht gerade zu sein, daß ein Arbeitskamerad verunglückt, daß sich jemand in unmittelbarer Lebensgefahr befindet, daß etwas in Flammen steht. Es genügt schon, daß sich ein anderer mit einer schweren Last abplagt. Schauen wir geflissentlich weg, statt ihm beizuspringen? Ein Neuer kommt mit seiner Arbeit nicht zurecht. Machen wir uns lustig über ihn, anstatt ihm den richtigen Griff zu zeigen? Machen wir einen Bogen um den Ziegelstein, der auf der Straße liegt, anstatt ihn wegzuräumen? Wie war es mit der Öllache, auf der leicht einer hätte ausrutschen können? Dem vorstehenden Nagel? Dem umgefallenen Fahrrad? Dem offengebliebenen Schutzgitter? Dem versehentlich nicht ausgeschalteten Strom?

Hundert Kleinigkeiten an einem einzigen Arbeitstag. Hundert Dinge, für die wir eigentlich nicht „zuständig“ sind. Und an denen wir, indem wir uns zum Handeln aufgerufen fühlen, beweisen können, daß wir denkende, hilfsbereite und verantwortungsbewußte Menschen sind und keine — Walrösser.